

**Deutscher Elternverein e.V.**  
**Der Vorsitzende des Bundesvorstands**

Dr. Ulrich G. Kliegis  
Geschäftsstelle des Vereins:  
Konsul-Lieder-Allee 36  
24226 Heikendorf  
Tel. 0431-331144 Fax: 0431-331146  
Briefe@DeutscherElternverein.de

Deutscher Elternverein K.-Lieder-Allee 36 \* 24226 Heikendorf

**Offener Email - Brief**  
An alle Abgeordneten des  
Deutschen Bundestages

- per email -

Heikendorf, der 7. März 2006

**Diskriminierung der klassischen Rechtschreibung  
durch die Kultusminister**

**Offener Email - Brief an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages**

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,  
sehr geehrte Abgeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Elternverein e.V. bittet Sie für ein paar Minuten um Ihre  
Aufmerksamkeit.

**Absurd, unpädagogisch und kinderfeindlich ist die seit August 2005  
geltende, durch kultusministerielle Erlasse verfügte Vorschrift, nach der  
den Schülerinnen und Schülern nach klassischer Rechtschreibung  
gültige Schreibweisen, die von irgendeiner Reform-Schreibung  
abweichen, als zensurenrelevante Fehler angekreidet werden.**

**Der Deutsche Elternverein e.V. fordert ein sofortiges Ende dieser  
Diskriminierung der klassischen Rechtschreibung an den Schulen.**

Sie wissen, daß die Kultusministerkonferenz (KMK) in der vergangenen Woche  
die Annahme der Empfehlungen des **'Rates für deutsche Rechtschreibung'** zur  
erneuten Änderung des Amtlichen Regelwerks für die Rechtschreibung an den  
Schulen beschlossen hat, wonach in einigen Wochen **die - innerhalb von acht  
Jahren - dritte Regelsammlung** zur Neugestaltung der Rechtschreibung die  
Schulen erreichen soll.

Alle Änderungen dieser Regelwerke haben zu einem schrittweisen Rückbau der 1996 beschlossenen Rechtschreibreform geführt, ohne jedoch auch nur annähernd die Schreib-, Les-, Lehr- bzw. Erlernbarkeit der klassischen Rechtschreibung wieder zu erreichen. Mehr als 70 % der Bundesbürger lehnen die Rechtschreibreform nach wie vor ab, die Akzeptanzquote hat seit Einführung der experimentellen Schreibregeln noch abgenommen.

Herr Prof. Dr. Peter Struck, Bildungswissenschaftler an der Hamburger Universität, wies am vergangenen Freitag in einem Rundfunk-Interview im NDR darauf hin, daß die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, und zwar gerade die weniger begabten, durch die Rechtschreibreform neue unüberwindliche Probleme beim Erlernen des richtigen Schreibens bekommen haben. Sie verlassen die Schulen jetzt großenteils mit einem Trümmerhaufen von Halbwissen über inzwischen teilweise schon wieder überholte und als ungültig gestempelte experimentelle Schreibweisen. Das für den Erwerb der Basis-Kulturtechniken Lesen und Schreiben vorgesehene Zeitfenster schließt sich damit für diese jungen Menschen, ohne daß sie eine lebenslang nutzbare Fertigkeit in diesen Grundfähigkeiten unserer Gesellschaft bekommen konnten. Wer verantwortet das?

Selbst die Präsidentin der KMK, die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, gab in einem am vergangenen Donnerstag (2.3.2006) vom NDR ausgestrahlten Interview zu, daß sie sich selbst weiterhin der klassischen Rechtschreibung bedient. Warum? Wenn es selbst einer Bildungsministerin nicht gelingen mag, die neuen Schreibweisen zu lernen, wenn sie diesen nicht eine beispielgebende Akzeptanz entgegenbringt, sondern mit ihrem inneren Widerstand dagegen noch kokettiert, wie sollen dann die Kinder außerhalb und - vor allem - innerhalb der Schule mit dem Dualismus zwischen gebräuchlicher - und meistgebrauchter - klassischer Rechtschreibung und dem experimentellen Orthographiesalat, den sie an den Schulen erlernen müssen, zurechtkommen?

Die Schreibweisen der verschiedenen Reformansätze (zu denen noch etliche Varianten in Form verlags- und redaktionsspezifischer Schreibregeln hinzukommen) haben zu einem beispiellosen Rechtschreibchaos an den Schulen geführt. Millionen von Lehrbüchern in den Lehrmittelbibliotheken der Schulen sind in klassischer Rechtschreibung verfaßt. Nicht nur hier, aber gerade auch innerhalb der Schulen werden die Schülerinnen und Schüler in Lehrbüchern, in den Werken unserer Literatur-Nobelpreisträger, die eine Ummünzung ihrer Werke in experimentellen Neuschrieb ablehnen, weiterhin mit herkömmlichen Schreibweisen und Zeichensetzungen konfrontiert, die ihnen, wenn sie sie selbst in Diktaten, Aufsätzen oder Übersetzungen anwenden, als falsch angekreidet werden und zu schlechteren Benotungen führen können. Seit Jahren gibt es hingegen kein Wörterbuch mehr, das zuverlässig und unstrittig die als falsch oder richtig einzustufenden Schreibweisen für Lehrer und Schüler eindeutig festlegt. Zigtausend auf Steuerzahlerkosten neuangeschaffte Lehrbücher in längst wieder überholten experimentellen Schreibweisen halten - zusätzliche Verwirrung stiftend - als Lehrmaterial her und konfrontieren die Kinder mit Schreib- und Zeichensetzungsregeln, die mittlerweile wieder in ihr Gegenteil umverhandelt wurden.

Ist ein erfolgreicher junger Politiker ein vielversprechendes oder ein viel versprechendes Talent? Die Mehrdeutigkeiten berühren ja nicht nur solche plakativen Beispiele, das wäre den Aufwand des Protestes dagegen und das Eintreten für den Erhalt der aus dem Gebrauch entstandenen klassischen Rechtschreibung nicht wert. Die - gerade durch die letzten Änderungsempfehlungen eingeführten - unzähligen Mehrdeutigkeiten nivellieren die Fähigkeit der aus ihrem Gebrauch gewachsenen Schriftsprache, durch Gestaltungsmittel wie Getrennt- und Zusammenschreibung und andere Nuancierungen unterschiedliche Bedeutungen darzustellen, durch Kommasetzungen Sätzen und darin geäußerten Gedanken Struktur zu geben. Die Schriftsprache hat ja auch den Zweck, durch ihre bisherige - aus dem Sprachgebrauch erwachsene - Eindeutigkeit auch Rechtssicherheit im Verständnis von Texten - bis hin zu Gesetzen - zu vermitteln. Mit den weiterhin als experimentell einzustufenden Neuschreiberegeln ist dieser Zweck vielfach nicht mehr zu erreichen.

Die wenigsten Eltern können ihren Kindern bei Rechtschreibproblemen heute noch einen fundierten guten Rat geben. Die Rechtschreibreform hat Kinder und Eltern einander leider ein großes Stück weit entfremdet.

Zahlreiche Regeln zur Groß- und Kleinschreibung, zur Getrennt- und Zusammenschreibung sowie zur Zeichensetzung wurden nun durch die neueste Revision des Regelwerks in das Gegenteil dessen verändert, was unseren Kindern bei Einführung der Reform beigebracht werden sollte. Wo dies nicht geschah, wurde eine bisher ungekannte Beliebigkeit von Varianten geöffnet, die jeglicher Systematik entbehrt.

Das Resultat: Die ganz neuen Regeln sind teilweise noch schwerer, wenn überhaupt, zu verstehen, es gibt noch mehr Ausnahmen und Bereiche, in denen es dann doch keine Ausnahmen gibt. Wohlverstanden: Viele jetzt empfohlene Änderungen finden unsere Zustimmung, aber es bleibt ein Vielfaches des jetzt verbesserten Teils der Reformregeln, der unakzeptabel und schlicht und einfach nur schlecht gemacht ist. Die KMK behauptet, diese Teile der Reform seien unstrittig. Sind sie nicht. Sonst gäbe es nicht zweierlei Schreibweisen, die der Reformen und die der überwiegenden Mehrheit.

Die jetzt neu zugelassenen vieldeutigen Beliebigkeiten, die nur bei vordergründigster Betrachtung als gutes Ergebnis der Bemühungen des Rates für deutsche Rechtschreibung zu werten sind, können hingegen letztlich nur als Zeichen der Rat- und Hilflosigkeit der Ratsmitglieder verstanden werden. Sie helfen keinem Kind, seine Gedanken treffender und verständlicher auszudrücken, sondern lassen es mit einer nutzlosen Auswahl allein. Man merkt: Nicht Konsens war das Ziel der Ratsarbeit, sondern allenfalls billiger Kompromiß. Der mag im politischen Alltag manchmal unumgänglich sein, in der Gestaltung von Rechtschreibregeln hat er nichts verloren.

Man mag das ganze als Realsatire belächeln; den meisten Betroffenen wird erst im Lauf der Zeit auffallen, wenn sie die Schulen verlassen, wie elend sie ausgenutzt wurden und werden. Die weitsichtigeren Schülerinnen und Schüler leiden schon heute wehrlos unter dem Diktat der Kultusgewaltigen.

Absurd überdies, daß die KMK ein Regelwerk beschließt (und den Ministerpräsidenten zur Annahme bei ihrer Ende März anstehenden Konferenz empfiehlt), das in seiner Konkretisierung als Wörterverzeichnis noch gar nicht existiert, geschweige denn den Ratsmitgliedern zur Begutachtung und Korrektur vorgelegen hat. Vielmehr soll dieses in klassischer Gutsherrenart von Mitarbeitern einiger Wörterbuchverlage erst nach dem Beschluß zusammengestellt werden.

**Der Bundestag beschloß am 28. März 1998: “Der Deutsche Bundestag ist der Überzeugung, daß sich die Sprache im Gebrauch durch die Bürgerinnen und Bürger, die täglich mit ihr und durch sie leben, ständig und behutsam organisch weiterentwickelt. Mit einem Wort: Die Sprache gehört dem Volk.”**

**Und das Bundesverfassungsgericht stellte in einem Urteil vom 14. Juli 1998 fest: “Die Rechtschreibung beruht im deutschen Sprachraum nicht auf Rechtsnormen, sondern auf sprachlichen und damit außerrechtlichen Regeln, die auf Akzeptanz angewiesen sind.”**

**Damit haben sich, unbeschadet der Kulturhoheit der Länder, zwei unserer höchsten demokratischen Verfassungsorgane expressis verbis dafür ausgesprochen, daß sich die als verbindlich akzeptierten Schreibweisen aus dem Schriftsprachgebrauch der Menschen in den deutschsprachigen Ländern herleiten müssen - und nicht aus den Folgen eines Verwaltungsaktes.**

Alles schon schlimm genug.

**Aber vollends absurd, unpädagogisch und kinderfeindlich ist die seit August 2005 überall im deutschen Sprachraum, bislang mit Ausnahme der Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen sowie des Kantons Bern (!), geltende, durch kultusministerielle Erlasse verfügte Regelung, nach der den Schülerinnen und Schülern die nach klassischer Rechtschreibung gültigen Schreibweisen, die von irgendeiner Reform-Schreibung abweichen, als zensurenrelevante Fehler angekreidet werden.**

Das heißt im Klartext, daß sich ein Abiturient den Zugang zu einem NC-beschränkten Studienfach durch Gebrauch der klassischen Schreibweise, wie sie von etlichen Millionen Deutschen täglich schreibend oder lesend verwendet wird, z.B. 'Meßwert, Mißtrauen, Flußschiffahrt' statt 'Messwert, Misstrauen, Flussschiffahrt') verbauen kann. Kein sehr weit hergeholtes Beispiel. - Aber auch der Unterschied zwischen einem einfachen 'befriedigend' (3) und 'ausreichend' (4) als Note einer Klassenarbeit eines Viertklässlers, der sich Zeichensetzungsregeln vielleicht anhand der Lektüre eines nur zehn Jahre alten preisgekrönten Jugendbuches eingeprägt hat, kann über seinen weiteren Bildungsweg mitentscheidend wirken.

**Die Kultusminister mißbrauchen unsere Kinder an den Schulen weiter als Geiseln zur Durchsetzung einer von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht gewollten, nicht benötigten und in keiner Weise zukunftsfähigen Reform. Das muß ein Ende haben. Sofort!**

Und daher wenden wir uns heute mit diesem Offenen Email-Brief an Sie, unsere Bundestagsabgeordneten:

Der Versuch der Durchsetzung der Rechtschreibreform ist immer wieder von undemokratischen Verfahrensschritten gekennzeichnet gewesen. In ihren Ursprüngen ist die sogenannte Reform auf Ansätze aus dem Nazi-Regime, in ihrer aktuellen Ausprägung auf den Versuch der SED, zu DDR-Zeiten eine eigene Rechtschreibung zu entwickeln (die alten DDR-Repräsentanten hatten sich auch in die nach der Wende von der KMK geförderte Zwischenstaatliche Kommission hinübergerettet), in ihrer heutigen Ausgestaltung zu einem nicht unwesentlichen Teil auch auf den direkten Einfluß interessierter Verlage zurückzuführen.

Es sei daran erinnert, daß die Schleswig-Holsteiner 1998 in einem erfolgreichen Volksentscheid mit großer Mehrheit eine Änderung ihres Schulgesetzes beschlossen, die den Erhalt der klassischen Rechtschreibung an den Schulen des Landes zur Folge gehabt hätte. In einem als 'Schwarzes Loch der Demokratie' zu bezeichnenden beispiellosen Akt hob der schleswig-holsteinische Landtag dieses durch Volksentscheid zustandegekommene Gesetz 1999 einstimmig wieder auf und machte damit den Weg für den Neuschrieb an den Schulen des Landes frei.

Damals war viel von der sogenannten Rechtschreibinsel die Rede, auf der die schleswig-holsteinischen Kinder landen würden. Heute stehen die Schülerinnen und Schüler orientierungslos im Nebel, die Flut von Amtlichen Regelwerken steht ihnen bis zum Hals, und nirgends ein Stück Land, auf das sie sich retten können.

Zwar sind die Kultusminister alle unzweifelhaft durch demokratische Wahlen zu ihrem Amt gekommen; **die mit immerhin ca. 50 Millionen Euro pro Jahr ausgestattete Kultusministerkonferenz der Länder unterliegt dagegen keinerlei parlamentarischer Kontrolle, sie handelt durchweg eigenmächtig, selbstgefällig und selbstgerecht**, sie gibt sich unbeschränkt selbst Verfahrensregeln, verhandelt geheim, veröffentlicht keine Verhandlungsprotokolle, gebärdet sich aber in der Öffentlichkeit als unantastbare Institution, die ihre Kompetenzfelder nach Belieben, von keinem Gesetz gesteuert und eingegrenzt, festlegt. Nur wenige Bürger wissen überdies, daß dieses Gremium nicht nur aus je einem Minister aus jedem Bundesland besteht, sondern aus insgesamt 32 Ministern, wobei eine Hälfte dieses Ensembles weder das Schul- noch das Bildungsressort vertritt, sondern z.B. Forschung, Hochschulen und andere, nicht unmittelbar dem Kultus (im Sinne von Schulbildung) zuzurechnende Felder. Diese fachfremden Politiker entscheiden über die Bildungsziele für unsere Kinder mit. - Paradox, daß deren Votum mehr wiegt als das Ergebnis eines Volksentscheids. Auch von der Presse wird dieses Mißverhältnis mangels Öffentlichkeit der Sitzungen nicht wahrgenommen.

Zwar haben die so entstehenden Beschlüsse dieses rechtsfrei im Raum schwebenden Gremiums primär auch keinerlei eigene Rechtskraft, sind insofern auch nicht einmal auf ihre Gesetzeskonformität oder Verfassungsmäßigkeit zu prüfen, geschweige denn auf einfachem gerichtlichem Wege anfechtbar, werden aber regelmäßig durch Erlasse oder gleichwertige Anordnungen auf Landesebene im deutschen Bildungswesen rechtswirksam und entfalten so eine eigenständige, der parlamentarischen Kontrolle entzogene politische Kraft.

Der eigentliche Auftrag an die KMK war ja, angesichts der Bildungshoheit der Länder eine Harmonisierung der Ausbildungswege und -ziele zu erarbeiten. Bis heute, über fünfzig Jahre nach seiner Gründung, ist es dem Gremium aber nicht einmal gelungen, auch nur eine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung für Lehrerinnen und Lehrer zustandezubringen - mit dem Ergebnis, daß selbst deren Examina und Qualifikationen oft nicht einmal über Landesgrenzen hinweg anerkannt werden, **von einem einheitlichen, die Freizügigkeit junger Familien nicht behindernden harmonisierten Bildungsgang für Schülerinnen und Schüler einmal ganz abgesehen.** Dieser Prozeß der bildungspolitischen Diversifikation schreitet trotz oder gerade wegen der KMK, trotz Föderalismusreformdiskussion und auch ungeachtet überaus kritischer Beobachter munter fort.

Und dieses Gremium KMK maßt sich an, über die Gestalt, die Verwendung und die Ausprägung und Zukunft unserer Schriftsprache (durch neue küchenetymologisch hergeleitete Schreibweisen wie 'selbstständig' oder 'aufwändig' oder 'Stängel' übrigens auch des gesprochenen Wortes!) schon jetzt in seiner Schädlichkeit ausgesprochen nachhaltig zu befinden!

Zu Ihrer Kenntnis, sehr geehrte Abgeordnete, und als möglicherweise weiteren Anreiz zur parlamentarischen Diskussion, aber auch als Grundlage für Gespräche in Ihren Wahlkreisen und mit Ihren Landespolitikern, senden wir Ihnen in der Anlage einen Offenen Brief als pdf- Datei, den wir den deutschen Kultusministern und Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche geschrieben haben, sowie unsere ausführliche Stellungnahme, die wir dem Rat für deutsche Rechtschreibung zu seinen aktuellen Empfehlungen im Januar d.J. haben zukommen lassen. Der Deutsche Elternverein (mit seinen ca. 12.000 aktiven Mitgliedern in den Landesvereinen) zählte zwar nicht zu dem bewährten Kreis der um eine Beurteilung gebetenen Verbände, wir fühlten uns aber nach der jahrelangen intensiven Diskussion des Themas in unseren Landes-Elternvereinen (der Deutsche Elternverein e.V. ist deren Dachverband auf Bundesebene) geradezu verpflichtet, dem Ratspräsidenten, Herrn Staatsminister a.D. Dr.phil. Hans Zehetmair, ein Bild unserer Position zukommen zu lassen. Unsere Stellungnahme fand Aufnahme in die allen Ratsmitgliedern noch vor deren letzter Sitzung vorgelegte Kommentarsynopsis.

Daß auch dieser Rat nie öffentlich getagt hat, weil nicht dazu verpflichtet, ist ein weiteres Zeichen des betrüblichen politischen Umgangs mit dem Kulturgut Schriftsprache.

**Übrigens wurde, obwohl das Thema fokussiert die Schulen betraf, kein einziger Elternvertreter in die Zwischenstaatliche Kommission bzw. in den Rat für deutsche Rechtschreibung berufen!**

**Die Rechtschreibreform wird sich als das Kalkar der Bildungspolitik erweisen.** Eine ganze Schülergeneration hat zwangsweise - statt am Rechtschreibunterricht - an einem kulturevolutionären Massenexperiment teilnehmen müssen. Tragen Sie bitte dazu bei, daß dieser Versuch nun schnell beendet wird, und daß er sich nicht mehr wiederholen kann.

**Noch einmal: Die Regelung, überall anerkannte herkömmliche Schreibweisen in den Schulen auf bildungsministerielles Geheiß als falsch zu diskriminieren, ist zutiefst kinderfeindlich, unpädagogisch und undemokratisch.**

Gerne stellen wir uns in unserer politischen Verantwortung als schulartübergreifende Interessensvertretung der Eltern in der Bildungspolitik, so unser Selbstverständnis, einer Diskussion unserer Anliegen. Wir freuen uns auf Ihre konstruktiven Kommentare.

Mit freundlichen Grüßen



Deutscher Elternverein e.V.  
Dr. Ulrich G. Kliegis  
(Vorsitzender des Bundesvorstands)

Anlagen: Zwei pdf-Dokumente, wie erwähnt.

Diesen Offenen Email-Brief werden wir in den nächsten Tagen auf unserer Internetseite <http://www.deutscherelternverein.de> (z.Z. im Neuaufbau) sowie in Pressemitteilungen und sonstigen Verlautbarungen veröffentlichen.

Die Vervielfältigung und Verteilung dieses Briefes sind ausdrücklich gestattet, solange Inhalt und Aufbau unberührt bleiben.

**Im Deutschen Elternverein e.V. werden die Interessen der Landeselternvereine, die in vielen Bundesländern als schulartübergreifende Interessenvertretung der Eltern aktiv sind, gemeinsam bundesweit vertreten. Alle Eltern, denen an der gemeinsamen bildungspolitischen Vertretung der Elterninteressen gelegen ist, sind eingeladen, in ihrem jeweiligen Landeselternverein Mitglied zu werden und dort entsprechend ihren Möglichkeiten mitzuarbeiten.**